

en vorgängig.
zur Arbeit ge-
einem schweren
sich bei Selbst-
kanate, worauf
en dadurch ge-

Aus Budapest
und Bruck nach
der Nähe von
hande von einer
ten und voll-

Theater.

Uhr: „Das Stück

„Wochenblatt.“

ag. 61, Uhr: „Der

Uhr in Raumzeit

lung

schaft.

chuf.

en Ablieferung

angang gestaltet!

ien-
ung

4 Uhr

urge
of betr.

beruser.

f u. Umg.

27. Jan.

ammlung

ngel“.

einen erwünscht-
erstand.
er, Vorsteher der

klassen,
den geehrten
als

No. 1.
dstücksvor-
D. O.

Mitteilungen für Naunhof

Amtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

Blätter. Sonntagsbeilage

Fernsprecher Nr. 2

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pörschen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudtnitz, Threna etc.

Erlösen: wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis vierjährl. 2 Ma. 10 Pf., monatl. 70 Pf., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 2 Ma. 20 Pf. Anzeigenpreis: die lebensgrosse Petitzelle 20 Pf., auswärts 25 Pf. Amtlicher Teil 40 Pf. Reklamezelle 50 Pf. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr norm.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Waffenschmiede, Verschließung im Bereich der Deutschen oder unserer Verbündeten hat der Verleger keinen Aufschlag auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 11.

Dienstag, den 24. Januar 1919.

30. Jahrgang.

Amtliches.

Haferzulage für Holzabfuhrpferde.

Der Bezirksverband ist von der Reichsfürstliche Ressource ermächtigt worden, das aus den Wäldern Holz abfahren, das als Bau- und Nutzhölzer jeder Art, als Grubenhölzer, für Papierfabrikation, für Eisenbahndämmen und Eisenbahnwaggons, Säiten, Fässer, Holzholzen und Metallholzen bestimmt ist, Haferzulagen zu gewähren. Diese Zulagen werden auf Antrag gewährt. Beizulagen sind Bezeichnungen von den Verwaltungen der Forstreviere, Gemeinden oder Gutsbezirke, aus denen hervorgehen muß die Zahl der beschäftigten Pferde, die Anzahl der Gelpannage und weiter, von wo, wohin und für welche Zwecke das Holz abgeföhrt wird. Die Anträge auf Haferzulagen sind spätestens zum 31. Januar 1919 beim Bezirksverband zu stellen. Später eingehende Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Grimma, den 16. Januar 1919. Getr. 190.

Der Westsächsische Komunalverband für den Bezirkssverband Grimma.

J. V.: Dr. v. Schwarz.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Gepl. Schreiber.

Sitzungsbericht.

In der gestrigen Sitzung des Stadtrates, der Begeordneten und der Beauftragten des Arbeiterrates ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Die Begrüßung der Herren Privatmann Robert Nollau, Anbau eines Stallraumes an das Wirtschaftsgebäude in seinem Grundstück Großsteinberger Straße 30 — Fabrikant Adolf Arnold — Neubau eines Lagerhauses im Fabrikgrundstück Bahngasse 6 — Hellmagnethütte Hütte — Vergabeung des Treppenhauses an seinem Wohnhaus Klingauer Straße 11 — wurden bedingungsweise befürwortet.

Das Begrüßung des Herrn Rechtsanwalt Dr. Berthauer in Berlin — Neubau eines Landhauses an der verlängerten Meilenhöfenstraße, vermochte man zurzeit nicht zu befürworten. Es soll erst ein Bebauungsplan und die Straßenherstellung vom Gesuchsteller gefordert werden.

2. Als Stellvertretende Leichenfrau wurde Frau Minna vohl. Götz hier angenommen.

3. Von dem Urteil der Kreishauptmannschaft als Verwaltungsgericht Leipzig, nach dem die Klage wegen Gehaltsnachforderungen des Glassarbeiters Rehm abgewiesen worden ist, nahm man Kenntnis.

4. Zu dem Schluß des Herrn Schwipky um Schenkung für die Gastwirtschaft „Gute Quelle“ wurde das Bedürfnis zum Fortbestehen der Gastwirtschaft einstimmig anerkannt.

5. Es wurde von den Bemühungen zur Erlangung von Brillen-Kennnis genommen. Nunmehr soll versucht werden, Braunkohlen zu bekommen.

6. Man nahm davon Kenntnis, daß die Butter jetzt bei Herrn Bauling unter Zusatzung des Schuhmanns Daniel verteidigt wird. Die Vergütung für die 3 Butterhändlerinnen wurde von 5 Mark auf 8 Mark je Zentner Butter erhöht. Die Zahlung des von der Firma C. A. Rost in Schmalkalden geforderten Wehrbeitrags von 648 Mark für geliefertes Rostkraut lehnte man ab.

7. Der von Herrn Ingenieur Schoeler angefertigte Plan über die Roststandsbauten an der Leipziger Straße (2. Teile) wurde im allgemeinen gutgeheissen. Der Plan soll aber einer Umarbeitung unterzogen werden, da verschiedene Abänderungen erwünscht sind.

8. Für die Stadt Naunhof soll bei der Stadtgemeinde Falkenstein ein Darlehen mit 4% Vergütung und 1% Tilgung aufgenommen werden. Die Sparkasse Naunhof gewährt dagegen der Stadt Falkenstein ein gleichhohes Darlehen unter denselben Bedingungen.

9. Die Gehülfen für den Arbeiterrat werden in der geforderten Höhe bewilligt, unter der Voraussetzung, daß sie beim Staate zur Erstattung angemeldet werden.

10. Die Sätze der Erwerbslosenhilfestellung wurden in der von den Erwerbslosen geforderten Höhe bewilligt. Der erforderliche Nachtrag zum Ortsgehalt ist dementsprechend zu erügeln und wurde genehmigt.

Naunhof, am 23. Januar 1919.

Der Bürgermeister.

Willer.

Der Arbeiterrat.

Thiemann.

Wöhren.

Dienstag, den 24. ds. M. werden vormittags 9 bis 12 im Grundstück Wurgener Straße 27 zentnerweise Wöhren, der Zentner für 11 Mk. verkauft.

Naunhof, am 23. Januar 1919.

Der Bürgermeister.

Willer.

Der Arbeiterrat.

Thiemann.

Die Wahlen zur sächsischen Volkskammer sind auf den 2. Februar 1919 anberaumt worden. Die Stadt Naunhof bildet einschließlich des selbständigen Gutsbezirks Staatsforst, reicher Naunhof 1 Stimmbezirk.

Die Wählerliste ist getrennt worden und zwar:

1. nach den Stimmberechtigten, deren Familiennamen mit den Buchstaben A bis L und
2. nach den Stimmberechtigten, deren Familiennamen mit den Buchstaben M bis Z beginnen.

Für die Stimmberechtigten des hiesigen Stimmbezirks findet die Wahl von vormittags 9 bis nachmittags 8 Uhr im Erdgeschoss der neuen Schule, Schulstraße 6 statt und zwar

für die Wahlberechtigten unter 1 (A bis L) in

Zimmer 5, Ostseite und

für die Wahlberechtigten unter 2 (M bis Z) in

Zimmer 4, Westseite.

Wahlvorsteher ist der unterzeichnete Bürgermeister, Stellvertreter Herr Fischer Gustav Thiemann hier.

Naunhof, am 22. Januar 1919.

Willer, Bürgermeister und Wahlvorsteher.

Weimar.

Das arme Berlin, anno dazumal die sogenannte Hauptstadt des einstigen Deutschen Reichs! Es geht abwärts mit ihr, unaufhaltbar abwärts. Residenzstadt kann sie sich nicht mehr nennen, seitdem wir uns ohne Reichsoberhaupt befinden, und von Breslau wie von München, von Köln wie von Bremen und Braunschweig ist ihr die Erfolgsfahrt schon ganz offen geführt worden. Vollends seit den Tagen der Sporttausfahrt traut ihr niemand im Reiche mehr recht über den Weg. Dachte doch damals die Regierung einen Augenblick daran, ihren Amtssitz von der Spree fortzuverlegen, da sie in der Wilhelmstraße förmlich belagert und nicht einmal ihrer eigenen Haus- und Schutzwache sicher war. Sie hat sich schließlich noch ohne die Flucht aus Berlin zu halten vermocht — jetzt aber hat sie beschlossen, die am Sonntag gewählte Nationalversammlung in Weimar zusammenzutreten und nicht in Berlin. Das ist mehr als eine bloße Unzertülichkeit, das ist ein Beleidigen der Zeit. Eine ernste Warnung, die vielleicht ungewollt von der Regierung — manchem die Augen öffnen wird, der noch immer nicht begriffen hat, wohin die Reise gehen soll.

Doch durch den Beschluß der Regierung der Stolz jedes Berliners auf das ließt getroffen wird, ist selbstverständlich, kann aber entschieden nicht in Betracht kommen. Der Berliner Oberbürgermeister Bermuth, der noch in leichter Stunde dieses Unheils von seiner geliebten Reichshauptstadt abzuwenden suchte, sprach in seiner Protestkundgebung von einer niederschmetternden Demütigung Berlins. Sie ist ihm nicht erwartet geblieben, und müßte, so bitter es auch schmecken mag, von den Berlinern ertragen werden, wenn ihre unabdingbare Notwendigkeit mit zwingenden Gründen nachgewiesen werden könnte. Aber damit dürfte es doch einigermaßen klären. Eben erst sind die Wahlen in musterhafter Ordnung vollzogen worden, und der Oberbefehlshaber Rossa schickte bereits an, die zur Sauberung der Stadt zusammengetretenen Truppen wieder für andere Aufgaben freizugeben. Letztoche ist ferner, daß der Beschluß zugunsten von Weimar nur gegen starren Widerstand der preußischen Kabinettsmitglieder gefasst worden ist. Er wird also auf Gründen beruhen, die nicht für jedermann überzeugend sein dürfen. Man hat ja auch bereits gehört, daß gewissen Stimmungen in Süddeutschland damit Reduzierung getragen werden soll, die von Berlin nicht mehr recht etwas wissen wollen, und daß, was sie im Grunde dabei bewegt, durch den Hinweis zu verdeutlichen suchen, daß ja auch im Jahre 1848 die deutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche und nicht in Berlin zusammengetreten sei. Damals war aber Berlin nur die Hauptstadt Preußens, während es doch seither immerhin fast ein halbes Jahrhundert hindurch die Seele des deutschen Reiches gewesen ist und dieses immerhin ganz anständig repräsentiert hat. Deshalb läßt sich die Auffassung nicht abweisen, daß das Abreisen von Berlin auch eine Demonstration gegen das Reich in seiner bisherigen Gestalt bedeuten soll. In seiner bisherigen Gestalt: daß will sagen, in der Art, wie es durch den größten Bundesstaat, durch Preußen, gebildet und vertreten war. Das Schwergewicht des neuen Reichs soll von Preußen und damit auch von Berlin mehr nach dem Westen oder Südwesten verlegt werden, um den anderen Bundesstaaten, die man bisher die mittleren und kleineren nannte, das Überleben im Reichsverbande zu erleichtern. Diese Tendenz findet sich ja auch in dem neuen veröffentlichten Verfassungsentwurf der neuen Regierung mit dünnen Worten ausgesprochen, und ihr soll auch die Beschuldigung Preußens in sechs bis acht sogenannte freie Republiken dienen. Wenn Preußen nicht größer sein darf als etwa Thüringen oder Braunschweig, dann braucht man seine Überlegenheit in der Gemeinschaft der deutschen Volksstaaten allerdings nicht mehr zu fürchten. Dann aber muß auch Berlin von seiner ehemaligen Prunkreichen Höhe

heruntersteigen — und der Anfang dazu soll eben jetzt gemacht werden.

Diese Reise wird indessen auch vielen Nicht-Berlinern nicht gefallen. Die Regierung meint es in ihrer Weise sicherlich ganz gut und ehrlich mit der Zukunft des Reiches. So wie sie es aber anstellt, sollen wir uns künftig noch mehr schwächen, als wir durch den unglücklichen Kriegsausgang ohnedies jetzt darstellen werden, sollen wir in den Zustand ohnmächtiger Kleinstaaten wieder zurückfallen, aus dem unsere Väter sich mit dem Gut und Blut vieler Geschlechter mühsam genug herausgearbeitet haben. Das kann ernstlich auch nicht das Ideal der führenden Männer außerhalb der Reichshauptstadt sein, denn nicht nur Berlin und Preußen würden dadurch zu einem bloßen Schattenstaat verurteilt, auch das deutsche Volk in seiner Gesamtheit würde die Kosten dieser Rückbildung zu bezahlen haben. Unsere Freunde waren es, die uns die Lehre von Potsdam predigten und Weimar als die eigentliche Heimat unserer Nation immer wieder in empfehlende Erinnerung brachten. Jetzt wollen wir ihnen auch den Gefallen noch tun. Gott für sie wünscht gar nichts mehr zu wünschen übrig bleiben! Dr. Sy.

Die Reichsregierung bleibt in Berlin.

Die Regierung läßt zu dem Beschluß, die Nationalversammlung nach Weimar einzuberufen, betonen, daß der Sit der deutschen Zentralregierung Berlin ist und für alle Seiten bleiben soll. Die Hauptarbeiten der Nationalversammlung werden sich in Kommissionen abspielen, denen meistens wohl nur immer ein Regierungsmittelbürger beitreten werde. So werde es zu einer dauernden Abwesenheit der Mehrzahl der Regierungsmittelbürger von Berlin überhaupt nicht kommen, und der ununterbrochne Fluß der Berliner Geschäftsführung sei völlig gesichert.

Die Sitzungen sollen im Weimarer Hoftheater stattfinden und schon jetzt werden für genügende Verbindung Berlin-Weimar durch Telegraph, Fernsprecher, Eisenbahn usw. Vorkehrungen getroffen. Auch für die Unterbringung der etwa 3000 Personen, welche die Nationalversammlung nach Weimar führen wird, soll ausreichend gesorgt werden. Mit den Vertretern der Presse wird in dieser Richtung gegenwärtig verhandelt.

In sachkundigen Kreisen wird allerdings vielfach bezweifelt, ob es bis zum 6. Februar möglich werden wird, in Weimar allen Anforderungen Genüge zu leisten. Reden den 433 Abgeordneten ist für die Nationalversammlung ein starker Beamtenapparat notwendig, Bureau, Stenographen, Verwaltungskörper usw., ferner wird die in- und ausländische Presse ein kleines Heer stellen, so hoch die obengenannte Zahl von 3000 Menschen nicht zu hoch schreint. Werden alle die Arbeitsräume für Kommissionen, Fraktionen, einzelne Abgeordnete, Bureau, Archiv, Bibliothek, Presse, Post, Fernsprecher und Telegraph, werden Wohnräume für alle Beteiligten und mit welchem Aufwand gefunden werden? Das sind die Fragen, die obwohl zu bearbeiten sind und deren Abschluß der deutsches Reich werden könnten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich

* Sicherstellung der Beamten. Durch die Presse ging kürzlich ein Gericht, wonach der frühere Minister Ströbel in Abwesenheit des Ministers für einen Beamtenabstinent gesagt habe, lebenslängliche Entstalinung und Pensionsansprüche der Beamten würden bald der Vergangenheit angehören. Ämlich wird dazu erklärt, daß hier kein wahres Wort ist.

* Neuregelung der Kommandogewalt. Ein Erlass der Reichsregierung, der demokratisch verhindert werden soll, wird die vorläufige Kommandogewalt im Friedensheere, die Bestimmungen über die Anzahl und Ausgaben der Verteilung, die Regelung des Grubes in den Kästner und die Wahl von Mannschaften in Offiziersstellen ordnen.

* Parteidtag der Unabhängigen. Die Tagung der Unabhängigen beginnt am 2. Februar in Berlin. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Bericht der Zentralleitung, den Luisi Zieg erstellt wird, ein Bericht Haases über die Ausgaben der Partei und ein Bericht Ottmanns über die Organisation der Partei. Endlich sollen die zentralen Parteikontingenzen neu gewählt werden.

Frankreich

* Die Verantwortung Wilhelms II. Eine amtliche französische Veröffentlichung enthält Schlussfolgerungen, zu denen Varnandes und Laprade, zwei Juristen, in dieser Beziehung gekommen sind, nämlich, daß der Kaiser sowohl kriegs- wie zivilrechtlich für den Krieg verantwortlich zu machen sei, und zwar ebenso für die angeblichen Verbrechen, die die unter seinem Befehl stehenden Truppen begangen hätten. Es heißt noch einer Aussicht darüber, daß man dem Kaiser nicht zulässt, weiter: Was des Kaisers Verantwortlichkeit für seine Taten der deutschen Armee und Flotte betrifft, so weisen die Juristen darauf hin, daß der Kaiser als Oberster Kriegsherr unbefriedigte Gewalt über Heer und Flotte hatte. Die Männer älteren einen Brief Kaiser Wilhelms, den er zu Beginn des Krieges an Kaiser Franz Joseph geschrieben hat und worin er u. a. sagt: Meine Seite ist zerstört, aber alles muß durch Feuer und Schwert vernichtet werden. Männer und Frauen umgebracht und kein Haus und Baum darf stehen bleiben. Auf diese schreckliche Weise wird der Krieg in zwei Monaten vorüber sein, während er, wenn ich menschliche Erwägungen geltend setze, jahrelang dauern würde.

Hoch fordert den Rhein als Grenze.

Marshall Foch äußerte sich amerikanischen Berichterstattern gegenüber wie folgt: Wie müssen einen Frieden schließen, der dem Wahlschlag unseres Sieges entspricht. Der Frieden muß uns gegen alle künftigen Angriffe schützen. Die natürliche Grenze, die uns schützen wird, ist der Rhein, an dem wir die Deutschen festhalten müssen. Indem wir den Rhein bewachen, können wir es ihnen unmöglich machen, den Schlag von 1914 zu wiederholen. Der Rhein ist eine Friedensburgschaft für alle Völker, die ihr Blut für die Sache der Freiheit vergossen haben. Wir denken nicht daran, Deutschland anzugreifen oder den Krieg wieder zu beginnen. Demokratische Staaten, wie die unirigen, greifen nicht an. Sie sind nur darauf bedacht, in Frieden zu leben. Allein wer vermeidet zu sagen, daß Deutschland, wo die demokratischen Gedanken nur oberflächlich sind, sich nicht bald von seiner Niederlage erholen und in einigen Jahren abermals versuchen würden, uns zu zerstören?

Der Böllerbund.

New York, 21. Jan. (Reuter.) In einem Interview mit dem Korrespondenten der "Associated Press" erklärte Lord Robert Cecil, daß Deutschland, Österreich und Bulgarien sowie die Türkei dem Böllerbund beitreten könnten, sobald der Bund überzeugt sei, daß sie berechtigt wären, ihren Platz unter den zuverlässigen Nationen der Welt einzunehmen. Cecil legte wahrscheinlich wieder aus der österreichischen Monarchie getrennte Einzelstaaten entwickeln. Auch hier müßten stabile, zuverlässige Regierungen geschaffen werden.

Hindenburg — Oberbefehlshaber Lf!

Der Kampf gegen Polen.

Berlin, 21. Januar.

Wie bestimmt verlautet, wird Generalfeldmarschall v. Hindenburg den Oberbefehl über die Streitkräfte übernehmen, die im Osten gegen die Polen auszustecken werden. In Pommern, Ostpreußen und in Westpreußen sind freiwillige Volkswachen im Entstehen, die mit den bereits im Osten befindlichen Truppen vereinigt werden sollen.

Die in Berlin massenhaft zusammengezogenen Truppen haben den Befehl erhalten, Berlin zu verlassen und nach dem Osten zu rücken. Von Kämpfen im Osten wird amtlich gemeldet: Rekte der "Eisernen Brigade" und baltische Landeswehr wurden am 18. Januar bei Alt- und Groß-Luz durch das 1. und 4. Lettens-Regiment (etwa 2000 Mann) angegriffen und hinter die Windau gedrängt. Sie halten zurzeit den Abschnitt Welschny-Schrunden. Von Lubau aus sind Verstärkungen an die Windau geführt worden. Außerdem wird das Gouvernement Lubau nach Mähren verfügbare Kräfte aus dem Bereich des Stellvertretenden Generalkommandos 1. A. A. verstärkt werden.

Zeits und Streitfragen.

Stimmen aus allen Parteien.

Kirche und Staat.

Vielf umstritten wird andauernd die Frage der zukünftigen Regelung des Verhältnisses von Kirche und Staat. In der Zeitschrift "Das demokratische Deutschland" äußert sich Professor Dr. Heinrich Gerland über die Ausschaffungen, wie sie in der deutsch-demokratischen Partei herrschen, und sagt dabei:

Die Neuordnung wird namentlich deshalb so schwierig, weil ja die Besitzü der Kirche bis jetzt zum großen Teil vom Staat garantiert wurden, und weil natürlich nicht etwas davon gebrochen werden kann, durch die Trennung von Staat und Kirche die Erhaltungsfähigkeit der Kirche selbst in Frage zu stellen. Oder hat sich unsere Partei mit Zug und Recht auf den Grundbegriff, daß unter allen Umständen die wirtschaftliche Existenzfähigkeit der Kirche aufrechterhalten werden muss, daß die wohlerworbenen wirtschaftlichen Rechte der Kirche erhalten oder vollwertig abgelöst werden müssen. Auch das Selbstverhältnis der Kirche muss gewahrt bleiben, und ich glaube, die Kirche wird hierbei nicht schlecht farein. Eine vom Staat freie, nur auf sich selbst gestellte, von allen politischen Räumen unabhängige, der Heiligkeit ihrer Aufgabe allein geweihte Kirche, das ist das Ideal, das uns vorstreckt, eine Kirche, die ohne Rücksicht auf politische Meinungen und politische Räume nur das religiöse Leben der Gläubigen vertreten und reinhalten will. Dieses Ideal der Kirche vom Staat das religiöse Empfinden der Gläubigen befreit zu machen soll, ist mirverständlich, und ein innerer Zusammenhang zwischen der Trennung von Staat und Kirche und der Belebung des Religionsunterrichts in den Schulen besteht auch mit nichts. Unsere Partei denkt nicht daran, den Religionsunterricht in den Schulen beizulegen, um ihn etwa zu ersetzten durch einen mehr oder weniger vagen Moralunterricht. Würde man das leichte tun, so würde man den größten pädagogischen Fehler begehen, den ein Mensch überhaupt begehen kann, und man würde Einrichtungen treffen, die für die, auf die sie abzielen, die Kinder völlig verloren sind.

Die Erhaltung Preußens

in seinem bisherigen Umfang schreibt die deutsch-nationale Volkspartei auf ihr Banier und lädt ihre parteiamtliche Korrespondenz dazu erklären:

Was am 19. Januar nicht erreicht worden ist, muß möglichst am 20. Januar (Wahltag zur preußischen Landesversammlung) erstmals werden. Ein Erfolg in Preußen kann manches gut machen; ja er ist geradezu eine Notwendigkeit, wenn Preußen nicht untergehen soll. Die Bestrafung, das heißt die Übarmachung Preußens, seine Vernichtung, das ist ja das Ziel unserer Freunde, die sehr wohl wissen, daß nur ein starkes Preußen das Rückgrat Deutschlands sein kann. Die Bildung Deutschlands in Rheinbundstaaten-Gebilde, das ist das Gelüste der französischen Regierungspolitiker. Es wird ja freilich in unseren Tagen des Selbstbestimmungsrechts kaum denkbar sein, daß man den Preußenwoll in so plumper Weise Gewalt antun könnte. Jedenfalls würde das, was man da zu schaffen sucht, schwerlich bestand haben. Man erinnere sich, wie schnell die willkürlichen Einigungen Napoleons wieder verschwanden, obwohl damals noch nicht ein so engmaschiges Netz von wirtschaftlichen Verbindungen, Verkehrsverbindungen usw. die einzelnen Teile Deutschlands unlosbar miteinander verband. Es ist wohl anzunehmen, daß sich der Staat Friedrichs des Großen und Steins schließlich dauerhafter erweisen würde als die Experimental-Republik unter der Republikaner.

Die polnische Frage.

Notenwechsel zwischen der englischen und deutschen Regierung.

Berlin, 21. Januar.

Die englische Regierung hat am 8. d. Wts. der deutschen Regierung eine Note überreichen lassen, worin sie die deutsche Regierung auffordert, künftig jede Herausforderung der polnischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien zu unterlassen. Sie weist darauf hin, daß die Zukunft der deutschen Ostgrenze von den Entscheidungen der Friedenskonferenz abhängen werde, und daß die Mächte bei Beurteilung der Frage notwendigerweise beeinflußt würden durch die Höchstheit oder Unmöglichkeit der Deutschen, Gebiete mit gesuchter polnischer Bevölkerung zu verwalten.

Die deutsche Regierung hat darauf mit einer längeren Note geantwortet, in der es zunächst heißt: Die deutsche

Regierung ist mit der englischen Regierung darin einig, daß die Zukunft der deutschen Ostgrenzen von den Beschlüssen der kommenden Friedenskonferenz abhängt. Staatssekretär Dr. Solf hat bereits am 24. Oktober 1918 im Reichstag erklärt, daß sie das Programm des Präsidenten der Vereinigten Staaten offen und ehrlich angenommen hat. Dieses Programm begründet einen Frieden des Rechts und der Verbündung und will nicht neue Gegenseite und Kriege entstehen lassen.

An die Wiedergabe der Ausführungen des Staatssekretärs schließt sich dann eine Schilderung der historischen Entwicklung der Dinge im Osten. Die deutsche Regierung hat alles getan, um die von den Polen früher vorgebrachten Klagen abzustellen. Trotzdem seien die Polen planmäßig damit beschäftigt, einen Staat im Staate zu errichten. Die Provinz Posen befände sich zurzeit in einem Zustande des nationalen Aufruhrs. Die Vorgänge in Oberösterreich hätten mit nationalen Fragen nichts zu tun. Die Arbeiterunruhen in Oberösterreich seien auf internationale bolschewistische Agitation zurückzuführen. In Ostpreußen könne man von einer nationalen polnischen Bewegung überhaupt nicht sprechen. Auch die Warschauer Regierung habe zur Aufstellung der nationalen Bewegung in den preußischen Provinzen belagert. Sie habe es sogar unternommen, die Wahl zur polnischen Konstituante in den genannten Provinzen anzurufen und dieses deutsche Gebiet in 16 Wahlkreise einzuteilen, eine Provokation und Anmaßung, die in der Weltgeschichte einzige darstellen dürfte.

Die Note schließt: Alle Maßnahmen der deutschen Regierung seit dem Abschluß des Waffenstillstandabkommen dienen nur der sorgfältigen Durchführung dieses Abkommens und der Abwehr unberechtigter polnischer Ansprüche, die polnische Frage bereits vor dem Friedenskongress zur Entscheidung zu bringen.

Waffenstillstandserhandlungen in Lissa.

Am 17. d. Wts. haben sich polnische Unterhändler nach Lissa begeben. Dort finden mit deutschen Regierungsvertretern Unterhandlungen statt, die darauf hingehen, einen allgemeinen deutsch-polnischen Waffenstillstand zu Bege zu bringen.

Polens Heeresorganisation.

Die Polen in Polen gehen jetzt daran, sich ein reguläres Heer zu schaffen. Die Freiwilligentruppen, die jetzt kämpfen — schreibt der "Kurier Poznański" — genügen den Bedürfnissen des Augenblicks nicht mehr; wir brauchen ein Heer, das nach anderen militärischen Grundsätzen organisiert und formiert ist. Die Schaffung einer solchen regulären Wehrmacht ist das dringlichste Erfordernis des Augenblicks. Zum Chef des Stabes ist durch den Obersten Volksrat bekanntlich General Dowbor-Muśnicki ernannt.

Durchführung der Siedlungspläne.

Das Vorlaufsrecht der preußischen Regierung.

Die jüngst veröffentlichte Verordnung über das gesetzliche Vorlaufsrecht an land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen in Preußen sieht, wie wir von zuständiger Seite erfahren, in welcher Weise man die vielbesprochenen Siedlungspläne zu verwirklichen gedenkt. Nach der Verordnung steht dem preußischen Staat gegenüber land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen von mehr als 20 Hektar Fläche oder Teilen von Besitzungen, deren Größe für sich allein oder mit Hinzurechnung anderer in dem Jahre vor Abschluß des Kaufvertrages verbliebenen Teile 20 Hektar übersteigt, das Vorlaufsrecht zu. Der Staat kann das Vorlaufsrecht gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften übertragen. Das Vorlaufsrecht trifft nicht ein bei Verkäufen an eine öffentliche Wirtschaft oder an Personen, welche mit dem Verkäufer in gerader Linie oder bis zum zweiten Grade der Seitenlinie verwandt oder verschwägert sind. Die noch ausstehenden Ergänzungsvorordnungen sind in kurzem zu erwarten.

Ist ein Verkaufsvortrag über eine der bezeichneten Flächen abgeschlossen, so ist der Verkäufer in sämtlichen preußischen Provinzen — mit Ausnahme von Hessen-Nassau und den Hohenzollernischen Landen — gesetzlich verpflichtet, den zuständigen Stellen von dem Inhalt des Kaufvertrages unverzüglich Mitteilung zu machen. Die zuständigen Stellen können das Vorlaufsrecht nur innerhalb drei Wochen nach Empfang der Mitteilung ausüben und haben das Recht, die Befestigung zu diesem Zwecke zu besichtigen. Bei Verkäufen über 200 Hektar beträgt die Frist 6 Wochen.

Die vorlaufberechtigten Stellen treten durch formlose Erklärungen an den Eigentümer in den Kaufvertrag ein und übernehmen dadurch grundsätzlich die Verpflichtung zur Zahlung des ausbedungen Kaufpreises und der mit dem Verkauf verbundenen Beurkundungs- und Eintragungskosten einschließlich Stempel- und Umsatzsteuer. Ist der vereinbarte Preis unangemessen hoch, so sind sie berechtigt, eine anderweitige Festsetzung des Preises nach dem gemeinen Wert zu verlangen, bei welcher vorübergehende Wertsteigerungen, die auf die außerordentlichen Verhältnisse des Krieges zurückzuführen sind, nicht berücksichtigt werden dürfen. Dieser Wert wird in einem vereinfachten Enteignungsverfahren durch den zuständigen Regierungspräsidienten festgestellt, gegen dessen Entscheidung hinaus sechs Wochen der ordentliche Rechtsweg beobachtet werden kann. Das Vorlaufsrecht kann entsprechend ausgedehnt werden, wenn die Befestigung eingetauscht, in eine Gesellschaft eingegliedert, vom Konkursverwalter aus freier Hand oder im Wege der Zwangsvollstreckung übertragen wird.

Das Vorlaufsrecht an land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen hat in erster Linie den Zweck, der Regierung ausreichende Flächen Landes für Siedlungszwecke zu sichern und soll dann vor allen Dingen ihr als wirtschaftliches Mittel dienen gegen unverdiente Verlarmwach und reine Spekulationsläufe. Die Frage, ob die Regierung durch Ausübung des Vorlaufsrechts genügend Flächen Landes für Siedlungszwecke in die Hand bekommen wird, dürfte, wenigstens soweit die nächste Zukunft in Frage kommt, zu beobachten sein. Viele Landwirte werden, veranlaßt durch die große Erhöhung der Wirtschaftsführung, durch Versteigerung der Betriebsmittel und Arbeitslöhnne, sich entschließen, ihre Besitzungen zu verkaufen oder zu verkleinern, ferner wird die Schaffung von Siedlungen durch Mangel an Baumaterial, landwirtschaftlichen Geräten, Nutzvieh usw. und nicht zuletzt durch den Mangel an geeigneten, wenigstens notdürftig vorgebildeten Bewerbern bis zu einem gewissen Grade behindert bleiben müssen. Daß die Verordnung der Regierung ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung unberichtigter Wertsteigerungen, Spekulationsläufe und des durch die augenblicklichen Verhältnisse besonders stark einsetzenden wilden Güterhandels an die Hand gibt, ist noch dem Geagten ohne weiteres klar. Darüber hinaus werden aber auch die

Leute von der Verordnung stark betroffen werden, die während des Krieges lediglich zur Verbesserung ihrer Versorgung zu Wiedervorstellungen ländlichen Besitz faßten und ihn nach Eintreten bestreiter Verhältnisse wieder veräußern wollen, da jetzt natürlich nur Preise in Frage kommen können, wie sie in den letzten Friedensjahren unter den damaligen Verhältnissen als angemessen galten.

Die gewählten Kandidaten zur Nationalversammlung.

Nach den nichtamtlichen Meldungen stehen bis jetzt aus 37 Wahlkreisen die Ergebnisse fest. Der 38. Wahlkreis, Elsäss-Lothringen, hat auf Anordnung der französischen Besatzungsbehörde, wie erinnerlich, an der Wahl nicht teilgenommen.

Im folgenden ergibt sich, sofern nicht die endgültigen amtlichen Ergebnisse hier und dort noch eine Verschiebung bewirken, für die Parteien bisher folgendes Bild. Es sind gewählt:

77 Deutsche Demokratische Partei
88 Christlich-demokratische Volkspartei
34 Deutschnationalen Volkspartei
23 Deutsche Volkspartei
4 Werte
4 Börg. Bauernbund
2 Württemberg. Bürger- und Bauernpartei
164 Mehrheitssozialisten
24 Unabhängige

Es stehen also bis jetzt 232 bürgerlichen Abgeordneten

188 Sozialdemokratische Abgeordnete gegenüber.

Das Wahlergebnis in Sachsen.

Von den 32 Mandaten des Kreislaufs Sachsen entfallen auf Wahlkreis D.-mt. Bp. Os. Bp. D. Dem. P. Mehr.-S. Unabh.-S.

Leipzig	1	—	2	2	3
Dresden	1	—	2	7	—
Chemnitz	2	—	2	8	—

4 2 6 17 3

Es stehen also 12 bürgerlichen 20 sozialdemokratischen Vertreter gegenüber. Bei den Reichstagswahlen 1912 waren 4 bürgerliche und 19 sozialdemokratische Kandidaten gewählt worden. Infolge von Nachwahlen verlor das Bürgertum noch drei Sitze, sodass zuletzt Sachsen im Reichstage nur durch einen bürgerlichen und 22 sozialdemokratischen Abgeordneten vertreten war.

Sächsische und Lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 23. Januar.

Merkblatt für den 23. Januar.

Sonnenaugang 7^h | Mondaufgang 12^h
Sonnenuntergang 4^h | Monduntergang 5^h
1806 Englischer Staatsmann William Pitt der Jüngere gest. — 1848 Deutscher Friederich Greifswald de la Motte-Toussaint gest. — 1917 Deutsch-englisches Gesetzestat in den Haushalt.

Die Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigten. In letzter Zeit mehren sich die Anfragen von Siedlungsbürgern wegen des Erwerbes kleiner landwirtschaftlicher Besitzungen. Im Interesse der Kriegsbeschädigten wird darauf hingewiesen, daß zu ihrer Beratung in erster Linie die Fürsorgestellen in Betracht kommen, welche ihnen bereitwillig über Kapitalabfindungen und die Möglichkeit der Ansiedlung Auskunft geben werden. Die Fürsorgestellen sind im einzelnen Fälle auf dem für den Kriegsbeschädigten zuständigen Landratsamt zu erfragen. Für die Ansiedlung selbst kommen in erster Reihe die gemeinschaftlichen Siedlungsgesellschaften in Betracht, die in fast allen preußischen Provinzen bestehen.

Die vorlaufberechtigten Stellen treten durch formlose Erklärungen an den Eigentümer in den Kaufvertrag ein und übernehmen dadurch grundsätzlich die Verpflichtung zur Zahlung des ausbedungen Kaufpreises und der mit dem Verkauf verbundenen Beurkundungs- und Eintragungskosten einschließlich Stempel- und Umsatzsteuer. Ist der vereinbarte Preis unangemessen hoch, so sind sie berechtigt, eine anderweitige Festsetzung des Preises nach dem gemeinen Wert zu verlangen, bei welcher vorübergehende Wertsteigerungen, die auf die außerordentlichen Verhältnisse des Krieges zurückzuführen sind, nicht berücksichtigt werden dürfen. Dieser Wert wird in einem vereinfachten Enteignungsverfahren durch den zuständigen Regierungspräsidienten festgestellt, gegen dessen Entscheidung hinaus sechs Wochen der ordentliche Rechtsweg beobachtet werden kann. Das Vorlaufsrecht kann entsprechend ausgedehnt werden, wenn die Befestigung eingetauscht, in eine Gesellschaft eingegliedert, vom Konkursverwalter aus freier Hand oder im Wege der Zwangsvollstreckung übertragen wird.

Die vorlaufberechtigten Stellen treten durch formlose Erklärungen an den Eigentümer in den Kaufvertrag ein und übernehmen dadurch grundsätzlich die Verpflichtung zur Zahlung des ausbedungen Kaufpreises und der mit dem Verkauf verbundenen Beurkundungs- und Eintragungskosten einschließlich Stempel- und Umsatzsteuer. Ist der vereinbarte Preis unangemessen hoch, so sind sie berechtigt, eine anderweitige Festsetzung des Preises nach dem gemeinen Wert zu verlangen, bei welcher vorübergehende Wertsteigerungen, die auf die außerordentlichen Verhältnisse des Krieges zurückzuführen sind, nicht berücksichtigt werden dürfen. Dieser Wert wird in einem vereinfachten Enteignungsverfahren durch den zuständigen Regierungspräsidienten festgestellt, gegen dessen Entscheidung hinaus sechs Wochen der ordentliche Rechtsweg beobachtet werden kann. Das Vorlaufsrecht kann entsprechend ausgedehnt werden, wenn die Befestigung eingetauscht, in eine Gesellschaft eingegliedert, vom Konkursverwalter aus freier Hand oder im Wege der Zwangsvollstreckung übertragen wird.

Als Zuschuß für Familienangehörige (Frau und Kinder) wurden bisher gezahlt je 2.00 M. pro Woche. Dieser Zuschuß ist bereits in der Sichtung des Arbeitslosenfürsorge-Wisses inzwischen erhöht worden und zwar auf 6 M. für die Frau, sowie auf 6 M. für jedes Kind, weshalb der Antrag auf Erhöhung dieser Höhe erledigt war. Diese Resolution wurde unter höherer Begründung in der gestern abend gehaltenen Stadtrats-Sitzung zur

er, die **W**
nung ihrer
ft fanden
ieben ver-
in Frage
benjahren
ten galten.

bis jetzt aus
kreis, Elsob-
gefangen-
men.
lligen am-
g bewirken,
ewählt:

partei

nenfallen auf
5. Unabh.-E.
3
—
8
mokratische
912 waren
daten ge-
das Bür-
Reichstage
mokratische

ungen.
23. Januar.

12th
5th
ere geht.—
• geht.—

zten. In
gläufigen
landwirt-
schädigten
in erster
lebe ihnen
Wohlheit
Burgorge-
n Kriegs-
gen. Für
gemein-
at, die in

hier einen
lich für den
ch werden,
nehr lange
lerend im
enur spät-
erden, daß
zugreifen,
nwerke.

In unferem

die in der
als
der ge-
benen
Uhr in der
einberufen,
denn befür
Arbeits-
eine lebhafte
amung zum
er die Welt-
Arbeitslosen
der Wund-
zu erhalten,
der aber mit
2-3 Jahre
eren Jetzen
sullen am-
Arbeitslosen-
wurde:

er 3.00 M.)

1.80 ..)

2.50 ..)

1.60 ..)

1.60 ..)

1.40 ..)

berden bisher
els in der
erdöhl wort-
t. Jedes
iedigt war.

der geltern
Aufführung
dann noch
bemessene
unter 1 M.

an der Ver-
fahrtshofant
g 1,7 Uhr.
seminchrän-
der herr-
ehrt sie sich
Gas und

† Wie die Sozialisierung aussehen würde. Das politische Programm der Sozialisierung nimmt sich ganz anders aus, wenn man es auf die selbstverständlichen Voraussetzungen für die praktische Verwirklichung hin prüft. Auch wenn nur der Bergbau, die chemische und die Elektroindustrie für die Verstaatlichung in Aussicht genommen wird, so kommen dabei Erfordernisse an Menschen und Geld in Betracht, die nicht viel hinter dem kolossalen Eisenbahnbetrieb zurückstehen. Nur, daß es sich dabei auch um weit größere Fachkennisse und Spezialarbeiten handeln würde, ohne die es ja nur auf den Bergbau hingewiesen, der Betrieb gar nicht möglich sei und mehr Schaden als Nutzen entstehen würde. Es ist also viel Geduld, viel Anpassung, viel Geschäftswisdom notwendig, um schließlich einen Betrieb zu ermöglichen, der der freien Konkurrenz gewachsen ist, die nicht unfähig sei Seite stehen wird. Sonst kann es bei den unvermeidlichen teuren staatlichen Verwaltungsaufgaben geschehen, daß noch Geld darauf gelegt wird. Das sind Möglichkeiten bei denjenigen industriellen Betrieben, bei welchen die Verstaatlichungsausichten noch die günstigsten sind. Nun haben wir aber, wenn eine allgemeine Sozialisierung des Aktienkapitals beabsichtigt werden sollte, 6000 — leicht auswendig — Aktiengesellschaften in Deutschland, und um deren Überführung in den Staatsbetrieb möglich zu machen, ist ein neues Beamtenheer des Reiches erforderlich, hinter dessen Umfang alles Bisherige zurückbleibt. Und was soll das an Gehältern und Pensionen kosten? Die Sympathie des Kaufenden Publikums für die Verstaatlichung ist nicht so groß, doch es alle geforderten höheren Preise zahlen wird, sondern es wird sich nach billigeren Quellen umsehen. So sind die Aussichten die, daß bei der Reichenverstaatlichung die Güte länger wird als der Aram, und das ist kein Geschäft, das verloren geht.

† Das Sinken der Arbeitsleistung. Die außerordentliche Erhöhung unserer wirtschaftlichen Lage durch den in weiten Kreisen mangelnden Willen zu der intensiven Arbeit, die uns allein noch retten kann, dauert weiter an. Während die Arbeitslosigkeit außerordentlich schnell wächst und es fast unmöglich erscheint, die Arbeitslosen aus den Großstädten in die Provinz und auf das flache Land herauszubringen, wo Beschäftigung für sie beschafft werden kann und, wie sich aus den Berichten der Arbeitsnachweiseverbände ergibt, in grohem Umfang auch bereits angeboten wird, sinkt auch in den Industriebetrieben, wo Ausrüste und Material vorhanden sind, die Leistung in ganz erstaunlichem Maße. Als überaus charakteristisches Beispiel mag angeführt werden, daß in einer sehr großen Lokomotivfabrik in der Umgebung Berlins, die vor der Revolution etwa jeden Tag eine Lokomotive fertigstellte, im Monat Dezember auch nicht eine einzige Lokomotive vollendet worden ist. Dabei hat der Betrieb Ausrüste, die die volle Ausnutzung seiner Leistungsfähigkeit ermöglichen würden, und ist auch mit Rohstoffen ausreichend eingedeckt. Es braucht kaum erwähnt zu werden, wie dringend erforderlich angegriffen der Verkehrsfrage und der Waffenstillstandsbedingungen die möglichst rasche ausgedehnte Herstellung von Lokomotiven ist. Ein Sinken der Arbeitsleistung, wie es sich in dem erwähnten Beispiel zeigt, macht es unmöglich, aus der gegenwärtigen Not den Weg zur Wiedergewinnung oder auch nur zur Erhaltung der Wirtschaft zu finden.

† Weitere Einschränkungen im Personenverkehr. Aus Berlin wird dem Leipzig Tageblatt amtlich gemeldet, daß der Personen- und Schnellzugsverkehr noch weiter eingeschränkt wird. Vom 23. d. M. werden im ganzen Deutschen Reich kaum noch ein Dutzend Schnellzüge verkehren. Der Grund zu dieser schweren, für das ganze Wirtschaftsleben durchschnüffeligen Maßnahme ist in erster Linie die unaufhaldsame Abgabe leistungsfähiger Lokomotiven an die Entenfamilie, ebenso erhöht sich die Zahl der schwachen Lokomotiven infolge geringerer Arbeitsleistungen der Werkstätten stetig. Die Menge betriebsfähiger Lokomotiven und Wagen nimmt von Tag zu Tag in erstaunlicher Weise ab. So sehr das Wirtschaftsleben auch eine Verkürzung verlangt, so ist nur möglich, wenn die Entenfamilie bei der Übernahme der Betriebsmittel billige Rücksicht wollen lassen und wenn die Arbeiterschaft in den Reparaturwerkstätten die Wiederherstellung der schwachen Lokomotiven und Wagen mit allen Mitteln betreibt.

† Vorliegende Freigabe von Nährböden. Die Vertreter der Textilbranche Deutschlands sind in Berlin bei der Reichsverteilungsstelle für Garne um Freigabe von Nähr-, Strich- und Stopfgarnen für den täglichen Bedarf vorstellig geworden. Wie man hört, haben die zuständigen Stellen erklärt, die Freigabe des Nährbödens schärfstens zu erlauben.

† Preiserhöhung der Reichskohlenmelde-
karte für gewerbliche Verbraucher von 10 und mehr Tö im
Monat betreffend. Nach einer Mitteilung des Reichskom-

missars für die Kohlenverteilung in Berlin ist der Preis der Februar-Meldekarre mit Rücksicht auf die Steigerung der Herstellungskosten erhöht worden und zwar für die Einzelkarte von 5 Pf. auf 10 Pf., für die Meldekarrenkarte zu 4 Karren von 25 Pf. auf 35 Pf. Die Entnahme der Karten erfolgt in der bisherigen Weise durch die Ortsholstellen bzw. durch die Amtsamtsscheine Leipzig.

† Lehrgang zur Ausbildung von Turn-
lehrern. An der Turnlehrerbildungsanstalt zu Dresden findet von Mitte Juni 1919 bis Ostern 1920 ein Lehrgang zur Ausbildung von Turnlehrern statt. Gesuche um Zulassung sind unter Beachtung der vorgeschriebenen Voraussetzungen bei der Direktion der Turnlehrerbildungsanstalt, Karlsstraße 30, bis zum 15. März 1919 einzureichen. Die Aufnahmeprüfung findet am 12. April statt.

† Die letzte Brotspeise der Sachsen betrifft nach der endgültigen Feststellung insgesamt 4,7 Millionen Doppelzentner. Davon gehen für die neue Ausfuhr 520 000, für die Selbstversorger 350 000 Doppelzentner ab. Bis 15. Dezember wurden von den Landwirten abgeliefert 2,1 Millionen Doppelzentner, so daß noch 1,7 Millionen Doppelzentner zu erlösen sind.

— Verkauf von Heeresgut im Lager Riesa-
Gröba. Montag, 27. d. M., und Dienstag, 28. d. M., von vormittags 9 Uhr ab soll das Heeresgut verkauft werden, das sich in dem vom Pionier-Bataillon Nr. 22 verwalteten Lager in Gröba bei Riesa, westlich des Hafens, befindet. Es handelt sich vornehmlich um Handwerksgut, das für Kommunen, Handwerker und Landwirtschaft in Betracht kommt (Sägen, Aegte, Beile, Beispiekel, Drahtscheren, Hämmer verschiedener Art, insbesondere solche für Maurer und Schlosser, Kreuzhaken, Stopfhaken, Straßenkrallen, Schaufeln, Sennbündler, Sensenleiste, Sicheln, Hobel, Spaten und ähnliches). Der Verkauf erfolgt freihandig zu jeder beliebigen Zahl. bevorzugt werden Kommunalverbände und wirtschaftliche Organisationen, wie Arbeitsgemeinschaften bei den Kreishauptmannschaften, Janungen, landwirtschaftliche Genossenschaften u. a. insofern, als ihnen Vorkaufsrecht eingeräumt werden soll. Vertreter dieser Gruppen, mit entsprechenden Ausweisen versehen, dürfen von Mittwoch, 22. d. M., vormittags 9 Uhr ab das Lager bestreichen und sich die von ihnen gewünschten Gegenstände zur Zusammenstellung zu Losen herausuchen, deren endgültige Zuteilung dann am Verkaufsstage erfolgt.

— In Taucha hat am Sonnabend der dortige Arbeiterrat einen Demonstrationstreik als Protest gegen die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg angeordnet. Leute, auch Schüler, die des morgens nach Leipzig fahren wollten, wurden daran gehindert. Wollte jemand versuchen, Leipzig zu Fuß zu erreichen, wurde er ebenfalls daran verhindert, da die Straßen durch bewaffnete Macht abgesperrt waren. Die von Leipzig kommenden „Z. N. A.“ wurden verbrannt. Während des Umzuges wurden in den Betrieben, in denen die Arbeiter noch an ihrer Arbeitsstätte weilten, die zur Arbeitsniederlegung gezwungen. In der Stadtschule mußten die Lehrer den Unterricht einstellen. Auch die Druckerei des Anzeigers durfte nicht arbeiten lassen, sodaß das Blatt nicht erscheinen konnte.

— Leipzig. Totschlagsversuch. Am Montagnachmittag kurz nach 7 Uhr erschienen in dem Geschäftsräume der Kohlenfirma Helmann zwei junge Burschen mit feldgrauer Uniform und Schirmmütze bekleidet, und erzwangen von dem allein im Geschäftsräume anwesenden Geschäftsführer Hindelgen unter vorgehaltener Revolver die Herausgabe des gesamten vorhandenen Brotbestandes einschließlich der persönlichen Habe des Hindelgen im Gesamtbetrag von etwa 400 Mark. Beim Verlassen des Geschäftsräumes gab der eine der beiden Burschen auf Hindelgen einen Schuß ab, der diesen in den Unterleib traf, und so schwer verletzte, daß die sofortige Überführung Hindelgens nach dem Krankenhaus St. Georg erfolgen mußte. Auf die Hilferufe des Verletzten waren sofort Nachbarn herzugetreten, konnten aber der beiden Burschen, die schnell in der Dunkelheit verschwunden waren, nicht mehr habhaft werden.

— Leipzig. Am Freitag war in der Stadt das Gericht vertrieben, die Arbeiter des örtlichen Wasserwerks seien in einem mehrjährigen Streik getreten. Das Gericht war völlig ungrundet, hatte aber zur Folge, daß zwischen 4 und 6 Uhr nachmittags das Viersacke des örtlichen Wasserquantums

plötzlich entnommen wurde, sodass in einigen Städten ein vorübergehender Wassermangel eintrat.

— Laufstic. Um eine Stimme gewannen die Demokratischen einen Sieg. Bei den Stadtvorortenwahlwahlen machten von 2032 Wahlberechtigten insgesamt 1693 vom Wahlkreis Gebrauch. Von diesen Stimmen entfielen auf die Liste des Bürgerausschusses 847, auf die der Sozialdemokraten 846, Demokratischen 100, auf die der Bürgerausschuss, also die Demokraten, 8 und die Sozialdemokraten 7 Stimmen.

— Leipzig. Beim Einbruch in das Waffenlager der bissigen Kaserne wurde ein Soldat vom Posten betroffen. Da der Dieb auf dreimaligen Aufruf nicht stehen blieb, schoss der Posten, wobei der Dieb durch Kopfschuss getötet wurde.

— Oschatz. Der französische Arzt Dr. Soultie besuchte das hierige Lazarett, um die hier verpflegten französischen Kriegsgeschwungen zu besichtigen. Es wurde beobachtet, daß er einen Kronen im Auto mitnahm.

— Hainichen. Große Getreidebeschleidungen wurden hier aufgedeckt. Die Vermittlerin, eine Schankwirtschafterin in Ottendorf, wurde verhaftet. Sie stand mit Geschäftsmännern in Chemnitz und Dresden in Verbindung, denen sie Weizen und Roggen vermittelte. Das Getreide wurde von Landwirten zugeschürt, die sich den Zentner mit 50 Mk. über den Höchstpreis bezahlen ließen.

— Dresden, 22. Jan. Die neue Sachsen-Regierung. In der gestrigen Sitzung des Landesrates der A.- und S.-Räte wurde folgende Ministerliste genehmigt: Dr. Grau-ner (Innen), Kamtschitsch (Justiz), Buch (Kultus), Nitze (Finanzen), Neuring (Milizwesen), Schwarz und Heldt (Arbeits- und Wirtschaftsministerium).

— Plauen. Unter Androhung von Demonstrationen nahm eine Arbeitslosen-Versammlung eine Enthüllung an, wonach Gewerkschaftskartell und Arbeiterrat sofort beim Ministerium vorstellig werden sollen, die Staats- und kommunalen Behörden anzuweisen, sofort alle geplanten Arbeiten als Notstandsarbeiten in Angriff nehmen zu lassen. Einem Lohnbruch soll aber nicht Vorschub geleistet werden. — Die Opfer des Weltkrieges aus Plauen haben die Zahl 2 769 erreicht. — Der Abbruch des Neuen Schlosses ist erledigt. Verschiedene Gegenstände von historischem Wert sind dem Vogtländer Museum überwiesen worden.

Fleischversorgung.

Es werden zur Zeit vielfach Abhandlungen und Anweisungen über die Behandlung und Verwertung von Fleischfett veröffentlicht, deren Befolgung Mißerfolge bringen muß. Es sei deshalb folgende zusammenfassende Anweisung, die uns vom Haufe 3. Wech. G. m. b. H. (Konserventen u. Sterilisatorparate) in Delfingen (Boden) zur Verfügung gestellt wird, empfohlen: Man lege die Stücke, die zum Braten bestimmt sind, zunächst 8 Tage in eine Glasschale. Der Fisch wird mit einer kleinen Zwiebel, einem Stückchen Lorbeerblatt, 2-3 Wacholderbeeren und einer geschälten Gelberde einige Male aufgeschaut und erhält über das Fleisch gegeben. Man wende das Fleisch täglich und stellt es in einen kühlten Raum. Nach Verlauf der angegebenen Zeit nehme man das Fleisch aus dem Eiig, trockne es gut ab und befüge es mit Salz und Peper. Dann eröffe man etwas Fett im Bräter und brate darin das Fleisch gut an. Man schneide eine Zwiebel in Scheiben, lege sie zu dem angebratenen Fleisch und lasse sie bräunlich anbröcken. Hierauf gebe man entweder hohes Wasser oder kochende frische Fleischbrühe dazu, lege sofort den Deckel auf den Bräter und lasse das Fleisch langsam gar köcheln. Dann lege man das Fleisch bei in passende Weckgläser. Den Bratenfach überlässe man mit hellem Wasser oder Fleischbrühe, löse die Tuncke gut aufschlagen, seife sie durch, gebe sie über das Fleisch und sterilisiere 60 Minuten bei 98 Grad. Wenn das Fleisch als Bratenflock oder zu Rostfleisch verwendet werden soll, schneide man es dünn auf. Soli es als warmes Gericht verwendet werden, so schneide man dicke Scheiben. Die Tuncke aus dem Glase eröffe man in einem passenden Topf und bindet sie mit wenig Kartoffelmehl, welches mit kaltem Wasser aufgekocht wird. In die hochgeheizte Tuncke lege man die Fleischstücke und lasse sie durch und durch bräunen, ohne die Tuncke weiter zu kochen. So zubereitetes und frischgehaltenes Fleischfett schmeckt hervorragend gut und ist von seinem Rindfleischen nicht zu unterscheiden. Nur ist es in der Farbe dunkler. — Ausführliche Anweisungen über die Behandlung und Verwertung von Fleischfett bringt die Februarnummer der Fachzeitschrift „Fleischhaltung“, Verlag 3. Wech. G. m. b. H. Delfingen (Boden). Preis für den Jahrgang (12 Nummern) 3 Mark. Einzelnummer 25 Pfennig.

Nah und Fern.

— Meripakete bis 100 Mark. Den Aufsteller kann zu eigenem Nutzen dringend empfohlen werden, von der Erleichterung Gebrauch zu machen, die

Bergmanns Tochterstein.

Roman von Martin Foerster.

„Ja, Konrad Wiedemann,“ antwortete Franz so ruhig wie vorher. „Er und mein Vater waren Brüder.“

In dem Antlitz des reichen Mannes malte sich die lebhafteste Überraschung. Und zwar schien dieselbe nicht weniger als angenehmer Art zu sein. Er sah sich jedoch schnell und sagte in unglaublichem Tone: „Das verstehe ich nicht. Ich habe doch Konrad Wiedemann Jahre hindurch gesucht und war in alle seine Privatangelegenheiten eingeweiht. Aber ich erinnere mich nicht, daß er jemals eines Bruders Erwähnung tat.“

„Das mag sein. Juwelien, nur zu oft, sichtete ich, ziehen reiche Leute es vor, zu vergessen, daß sie irgendwo in der Welt keine Verwandte besitzen, die sich um ihr tägliches Brot kümmern.“

Der andre überhörte abschließlich die Bitterkeit in dieser Bemerkung und fragte in derselben Weise wie vorhin: „Ihr Vater war ein Bruder von Herrn Wiedemann, sagt Ihr? Wie ist es dann zu verstehen, daß Ihr den Namen Degow führt?“

„Es ist der Familienname meiner Mutter, und ich nahm ihn an, weil ein Verwandter desselben Namens mich adoptierte.“

Der Minenbesitzer war aufgestanden und begann mit auf den Stühlen gelegten Händen im Zimmer auf und ab zu schleichen. Franz Degow saß eine Weile wartend da, machte sich dann durch Räuspern bemerkbar und fragte endlich, ob Herr Wiedemann noch Weiteres von ihm zu erfahren wünschte.

Dieser fuhr wie aus tiefen Gedanken empor. Er schien des anderen Gegenwart sehr vergessen zu haben. „Nein,“ sagte er dann überrascht. „Ich danke Euch. Ihr könnt gehen.“

10. Kapitel.

In den nächsten Tagen wartete Jutta und ihr Vater vergeblich auf Franz Degows Erscheinen. Sie beruhigten sich erst bei der Annahme, daß er wahrscheinlich unangestellt beschäftigt sei und würde, im Falle einer Entdeckung, seine Erklärung zu seiner Befreiung ausklingen lassen.

Am Morgen des dritten Tages jedoch erhielt Jutta einen Brief von der Hand des Gelehrten, der den Poststempel Hamburg trug und dessen Inhalt sie vollständig niederschreiterte.

Er lautete wie folgt: „Geliebte Jutta! Wenn Du diesen

Schwimmen. Ich durche nicht Abschied von Dir nehmen, mein geliebtes Mädchen. Es gibt gwingende Notwendigkeiten, die stärker sind als wir. Sonst würde ich nie und nimmer gerade jetzt diesen Schritt getan haben, den man mir als Flucht vor der Macht des Gelehrten auflegen könnte. Gott gebe, daß unserer Freiheit bald ein Ende bereitet wird. Ich darf Dir jetzt kein aufklärendes Wort lügen. Ich kann Dich nur ansleben: Glaube, hoffe, vertraue! Gott segne Dich, mein Liebling. Grüße Deinen Vater und vergesse nicht an Deinem Franz.“

Völlig außer sich stürzte Jutta ihrem Vater bei dessen Rückkehr mit dem Brief in die Hand entgegen. Auch er war wie vom Donner gerührt. Es war fast zuviel, was auf ihn und seine Tochter einstürmte. Quest die unerhörte Verdächtigung seines zukünftigen Schwiegersohnes und nun dessen noch unerhörte Flucht, die doch nur als eindringlicher Beweis seiner Schuld angesehen werden konnte. Sobald er sich einigermaßen gefaßt hatte, rief er mit dem offenen Briefe zu Herrn Wiedemann.

„Ich hätte mein Leben für ihn verpfändet,“ knüpfte der Unteraufseher.

„Wo ist er denn?“ fragte der andre gelassen.

„Das mag Gott wissen. Der Brief ist in Hamburg abgestempelt.“

„Amerika,“ sagte der Anwalt ironisch.

„Wahrcheinlich. Aber wie steht es mit uns? Wir leisten Gütekraft.“

„Wir werden sie vermutlich bezahlen müssen. Aber bezahigt Euch, Sache, und kommt mit mir! Ich möchte Euch etwas anvertrauen.“

Franz Degows geheimnisvolles Verschwinden erregte breitflächigste Weise großes Aufsehen und konnte nur als eine Bestätigung des ihm zur Last gelegten Verbrechens angesehen werden. Man wunderte sich um so mehr, daß der Unteraufseher und seine Tochter, deren Beziehungen zu dem Flüchtling hinreichend bekannt waren, die Sache so leicht zu nehmen schienen.

die Postverwaltung für Wertpapiere bis 100 Mark einführt hat. An solche Pakete wird hinsichtlich ihrer Verpackung keine höhere Anforderung gestellt als bei gewöhnlichen Paketen, Versiegelung wird überhaupt nicht verlangt. Die Wertangabe ist nur auf die gelbe Paketkarte niederzuschreiben, nicht auch, wie bei den Paketen über mehr als 100 Mark, auf das Paket selbst. Gegen Entrichtung der Versicherungsgebühr von 10 Pfennig erhält die Post in Verlust- und Beschädigungsfällen unverkürzt den Wert bis 100 Mark. Über jede derartige Sendung wird bei der Einlieferung eine Bescheinigung ertheilt.

Kirchennachrichten.

Dom. III. p. Ep.
Naunhof. Vorm. 11 Uhr: Gottesdienst. Abendmahlstier (Anmeldung vor dem Gottesdienst in der Sakristei). 12 Uhr: Taufen.
Ailinga. Vorm. 11 Uhr: Gottesdienst.
Albrechtsheim: 11 Uhr: Gottesdienst.
Erdmannshain: 8 Uhr: Gottesdienst.
Katholische Gottesdienste
Beucha: vorm. 10 Uhr. — Grima: vorm. 11 Uhr. — Thammendorf: 12 Uhr. Wurzen: vorm. 8 Uhr.

Spielplan der Leipziger Theater.

Neues Theater.
Freitag 6 Uhr: „Die Feuerflieze.“ Sonnabend 6 Uhr: „Lannhäuser.“
Altes Theater.
Freitag 5 Uhr: „Wilhelm Tell.“ Sonnabend 6 Uhr: „König Nicolo.“
Neues Operetten-Theater.
Freitag 6 Uhr: „Schwarzwalddädel.“ Sonnabend 6 Uhr: „Die geschiedene Frau.“
— Redaktion: Robert Götz. — Druck und Verlag: Götz & Sohn in Naunhof —

Öffentliche Versammlung

Heute
Donnerstag, den 23. Januar,
abends 7 Uhr im Ratskeller.

1. Die Grundlagen unserer Volkswirtschaft.

Redner: Dr. E. Günther, Leipzig.

2. Gemeinderatswahl.

Um pünktliches Erscheinen wird dringend gebeten.
Während des Vortrages werden Getränke nicht verabreicht.

Naunhofer Bürger-Ausschuss.

Zu beachten: Der Saal wird durch uns geheizt. Eintritt nur gegen Ablieferung eines in Papier eingeschlagenen Trikotels am Saaleingang gestattet!

Naunhof :: Ratskeller.

Sonntag, den 26. Januar

Gastspiel der beliebten

Gaudlitz-Sänger

Unter anderem: **Die urkom. Posse Lachen! Vater Geisbart als Aktionär! Lachen!**

oder **II Platz da Petroleum II**

Urkomisches Duett **Der Rabenvater.** Gaudlitz und Frau.

und der lustige Schwank

■ Das verhängnisvolle Hochzeitgeschenk. ■

Nachmittags 3 Uhr

Kinder- und Familienvorstellung.

Unter anderem: Auf Wunsch das prächtige Lebensbild

Weihnachtsfrieden.

I. Platz 50 Pfg. II. Platz 40 Pfg.

Abends 1.8 Uhr das neue Schlagerprogramm.

Einlass 1.7 Uhr. Vorverk. 60 Pfg. Kasse 80 Pfg. Nummeriert 1.— Mk.

Es laden freundlichst ein

Wirt u. Direktion.

Naunhofer Bürger-Ausschuss

nach dem Vortrag

Sitzung des „erweiterten Ausschusses“

im Nebenzimmer des Ratskellers.

Tagesordnung: Wahlorganisation.

Geflügel u. Kaninchen-Jüchter-Verein

Naunhof u. Umg.

Morgen Freitag Abend 7 Uhr Futterverteilung bei C. Adler, Trompeterschlößchen, Säcke mitbringen. D. B.

Sauerkraut

empfiehlt C. Hoffmann.

Für Verkaufsgeschäft größere

Pack- & Kontorräume

nebst großer Niederlage

(Scheune etc.) zu mieten gesucht. Osserien u. U. B. 138" an Invalidendank Leipzig

Am 22. Jan. schließt nach kurzer schwerer Krankheit unser herziges Töchterchen

Erna

für immer ein.
Naunhof, d. 23. Jan. 1919
Im tiefsten Schmerze

Paul Kunze und Frau Frieda
geb. Elzner.

Ach warum mußtest Du
So mißgünstisch erblassen,
Und alle, die Dich lieb
So viel zu früh verlassen?

Öffentl. Einwohner-Versammlung

Freitag, den 24. Januar, abends 18 Uhr
im Ratskeller.

Gemeinderats-Wahl betr.

Es ist Pflicht, daß jeder Einwohner an der Versammlung teilnimmt.

Ortsverein Naunhof.

Stadtgemeinderats-Wahl Naunhof 1919.

Der Naunhofer Bürger-Ausschuss steht auf dem Boden der gegebenen Tatsachen der Volksorganisation.

Der Naunhofer Bürger-Ausschuss bekämpft mit allen zulässigen und gesetzlichen Mitteln die Vergewaltigung des Bürgertums durch eine einzellige politische Parteigruppe.

Der Naunhofer Bürger-Ausschuss will die Interessen der gesamten Einwohnerschaft wahrnehmen, sofern diese durch Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, durch Anerkennung von Recht und Gesetz, durch Achtung von Leben und Eigentum ihrer Mitbürger das Wirtschaftsleben zu stützen und zu fördern bestrebt ist.

Der Naunhofer Bürger-Ausschuss vereinigt in sich Naunhofer wirtschaftliche Körperschaften aller Art, Vereinigungen freier Berufe, gemeinnützige Vereine usw.

Der Naunhofer Bürger-Ausschuss hat sich zum Zwecke der Aufführung der bürgerlichen Kandidaten für das Stadtverordnetenkollegium und zu gemeinsamer Wahlarbeit zusammengeschlossen.

Der Naunhofer Bürger-Ausschuss verlangt von seinen Kandidaten, daß ihnen das Wohl der Stadt als einzige Rücksicht ihres Handelns gilt. Auszuschalten ist jede Parteipolitik. Er verurteilt eine gegenseitige Bekämpfung wegen politischer Gegensätze und erblickt in gemeinsamer Arbeit der bürgerlichen Stadtverordneten einen Segen für die Stadt.

Der Naunhofer Bürger-Ausschuss tritt für eine den veränderten Zeitverhältnissen entsprechende, stete Fortentwicklung unseres Gemeinwesens ein, für zeitgemäße Verwaltungsreformen, sowie insbesondere für die Wahrung und Förderung der berechtigten Interessen von Handel und Industrie, des werkältigen und des besoldeten Bürgertums.

Der Naunhofer Bürger-Ausschuss wendet sich an Naunhofer Bürgerschaft um Unterstützung und Mitarbeit, sowie um Eintreten für seine Kandidaten am Tage der nahe bevorstehenden Stadtvorordnetenwahl.

Bürger und Bürgerinnen!

Trete ein für Naunhos Ehr, Wohlfahrt und Entwicklung!

Werbet eifrig für den Naunhofer Bürger-Ausschuss.

Nur ein einiges Bürgertum sichert seine Zukunft.

Zwei-Familien-Landhaus

mit größerem Außergarten, am liebsten auch mit angrenzender Wiese oder etwas Feld, zu kaufen gesucht. Ausführliche Angebote an B. Galov, Deitsch, Hauptstraße No. 74.

Klingelanlagen

Tragende Biege im Februar/März lammend, zu kaufen gesucht

Naunhof, Göthestraße 6. Pirisch, Melanchthonstr. 1.

Anzüge

Ein Posten eingetroffen.

Engelmann, Altkleiderstelle.

Für die überaus zahlreichen Beweise aufrichtiger Verehrung und Teilnahme beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen, sprechen wir hierdurch unsern **herzlichsten Dank aus.**

NAUNHOF, am 21. I. 19.

Marie verw. Hackelberg
Otto Hackelberg u. Familie.

Nachdem mir in letzter Zeit verschiedene Sachen zugestellt wurden, mit dem Erfuchen, sie an die Öffentlichkeit zu bringen, meist aber anonym, teile ich hierdurch mit, daß anonyme Angaben ins Feuerloch wandern.

Daselbe möchte ich auch mit dem mir am Sonntag zugestellten, interessanten Schriftstück tun, wenn ich nicht für die beigefügten Belegabschriften die Originale bekomme.

III. Oberläuter Schiller-St. 27.

Mädchen gesucht.

Für ein gutes Haus in einem Vorort Leipzigs wird zu sofortigem Antritt ein I. Koch beworben, welches auch etwas Haushalt zu übernehmen hat. Persönliche Meldung und Vorstellung vormittags 9 bis 10, nachmittags 7 bis 8 Uhr bei F. Grüner, Naunhof, König Albertstraße 9.

11

für die
Fuchs
Erjähn
Anzeiger

Nr. 12

Ab
Die G
am 29. Ja
berechtigte
3. 2. 1919
der befond
Kundenlist
Mengen ha
genommen
1919 an
Grimm
nicht ordnu
dach zum 9
Grimm
Der 9

Das
liert am 21
Die C
durch die
logers Ch
Che

Poli
Unid
für Sonne
worden.
Nau

Auf b
vom 27. d
für 40 Pfg
für Krank
Nau

Der Bür

Verei

Diskontier

Auß
Benzp

Eine
Niemand
trotzdem:
wie ihn vo
unter uns
Er be
demokrat
19. Janua
421 Abgeor
versammlun
mit beide
Republik:
77 Democ
kleinen P
in Süddeu
und ganz
Sonderan
der Binf
die zulau
mindesten
Bentrum, a
partei, hat
Staatsform
demokrat
des Wahlb
mit seinen
liche Partei
Vollsparte